



Auch sie heißt immer noch so: die Hindenburgstraße in Esslingen. Foto: Joachim E. Röttgers

**KONTEXT Wochenzeitung(Stuttgart)**

**Ausgabe 513 Gesellschaft**

Datum: 27.1.2021

## **Hindenburg - Der korrupte Kriegsverbrecher|**

Von Helmut Donat

**Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichkanzler. Der frühere Generalfeldmarschall war weit mehr als nur ein "Steigbügelhalter" der Nazis, doch noch heute tragen viele Straßen und Plätze seinen Namen. Ein Plädoyer für deren Umbenennung.**

Hindenburgstraßen und -plätze gibt es zwar nicht wie Sand am Meer – aber noch zu viele. So in nahezu 60 deutschen Städten und Kleinstädten. Auf dem ehemaligen Gebiet der DDR sucht man nach ihnen vergebens. Hier hat man sie nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschafft.

Umbenennungen führen in der Regel zu Auseinandersetzungen, landen auf einer langen Bank oder nehmen einen stillen Verlauf. So etwa in Stuttgart, wo die Schriftzüge der Fassade des ehemaligen Hindenburgbaus zwar im November 2010 von der Eigentümerin LBBW Immobilien entfernt worden sind – nachdem dies SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch gefordert und der Gemeinderat die 1933 verliehene Ehrenbürgerwürde an Hindenburg aberkannt hatte (mit einer Gegenstimme der "Republikaner"). Der Vorschlag aber, das Geschäftshaus nach einer Persönlichkeit wie Carl von Ossietzky, Willi Bleicher oder Clara Zetkin zu benennen, wurde in den Wind geschlagen.



Da passt was nicht zusammen. Foto: Joachim E. Röttgers

Wie eine Provinzposse liest sich der Streit um die Hindenburgstraße in Esslingen. Statt einer Umbenennung will man eine Informationstafel aufstellen. Die vorgeschobene Erläuterung: Man wolle "die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte am Laufen halten". Die Bewohner hätten nach einer Umbenennung ihre Adressen, Briefbögen, Visitenkarten etc. ändern müssen, Geschäftsleute zudem "alle Rechnungsvordrucke (...), den Internet-Auftritt, die Tragetaschen, das Firmenlogo, die Adressdateien, wir hätten umfirmieren müssen und vieles mehr", so der Metzger Rainer Mayer. Republikanische Traditionspflege? Kostet doch nur Geld. Unklar ist nur noch, ob der schildbürgerliche Hinweisstreich an mehreren Stellen platziert werden soll. Die Argumentation wirkt hirnrissig: Man hält einen Mann aus diversen Gründen für "fragwürdig", attestiert ihm, "ein aktiver Wegbereiter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" gewesen zu sein – gleichwohl will man seinen Namen in der Stadt nicht missen.

Auch in Mainz finden inzwischen Bürger, Hindenburg gebühre es nicht, dass die etwa 700 Meter lange Prachtstraße weiterhin seinen Namen trage. Er gehöre, so die Ortsbeirätin Clara Wördsdörfer von den Grünen, "als Steigbügelhalter Hitlers eindeutig nicht mehr zum Kreis derer, auf die wir uns traditionsbildend berufen sollten." Recht hat sie, aber ein bloßer "Steigbügelhalter Hitlers" war Hindenburg nicht.

### **Antidemokrat und Dolchstoß-Propagandist**

Hindenburg, 1847 in Posen geboren, war im August 1914 schon drei Jahre im Ruhestand, als er als Oberbefehlshaber einer deutschen Armee im Osten reaktiviert wurde. Er siegte mit seinen von Stabschef Erich Ludendorff geleiteten Truppen in der Schlacht von Tannenberg, Kaiser Wilhelm II. ernannte ihn daraufhin im November 1914 zum Oberbefehlshaber Ost und zum Generalfeldmarschall. Hindenburg ließ sich fortan gern als "Retter Ostpreußens" feiern, obwohl er während der von Ludendorff geführten Schlacht geschlafen hatte. 1915 errichteten die beiden in den okkupierten Ostgebieten den Militärstaat Ober-Ost, deren Bevölkerung sie unterdrückten, ausplünderten und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verfrachten ließen.



General Paul von Hindenburg, Kaiser Wilhelm II und General Erich Ludendorff (von links) am 8. Januar 1917. Foto: [Robert Sennecke](#) - [1], Public Domain, [Link](#)

Von Wilhelm II. unbehelligt, errichteten Hindenburg und Ludendorff ab 1916 als Führer der Obersten Heeresleitung (OHL) in Deutschland eine de facto-Militärdiktatur, setzten innenpolitisch den totalen Krieg durch (Hindenburg-Programm). Zugleich waren beide verantwortlich für zahlreiche Kriegsverbrechen. Dazu gehörten die systematische Zerstörung und Entvölkerung von Teilen Nordfrankreichs beim Rückzug der deutschen Truppen. Etwa die sogenannte "Alberichbewegung" im Frühjahr 1917, hinter der sich die Umwandlung eines etwa 1.800 Quadratkilometer umfassenden Geländestreifens in eine tote, öde Wüste bei gleichzeitigem Abtransport der Bewohner dieses Gebiets verbarg, sowie im Herbst 1918, wenige Wochen vor Ende des Kriegs, die Flutung von Kohlebergwerken und planmäßige Zerstörung von Industrieanlagen, Bahnverbindungen und Obstplantagen. Es war diese Politik der "verbrannten Erde" beim Rückzug der deutschen Armee in den Jahren 1917 und 1918 in Frankreich sowie in Belgien, die zu den "Kriegsverbrechens"-Paragrafen 227 bis 230 des Versailler Vertrags führte.

Obwohl es die von ihm mitgeführte OHL war, die durch eigene Fehlentscheidungen die militärische Niederlage Deutschlands besiegelt und Ende 1918 selbst auf die Kapitulation gedrängt hatte, propagierte der 1919 pensionierte Hindenburg alsbald die perfide Lüge vom Dolchstoß in den Rücken des "im Felde unbesiegten Heeres". Zugleich unterstützte er die Propaganda von der Unschuld des Kaiserreichs an der Entfesselung des Weltkrieges und erschwerte auch damit der Weimarer Republik eine von militaristisch-nationalistischen Verschwörungstheorien unbelastete Entwicklung. Bei den Rechtsparteien stand er genau deswegen hoch im Kurs – von ihnen zur Kandidatur gedrängt, gewann Hindenburg 1925 die Wahl zum Reichspräsidenten.

### **Der Osthilfeskandal: Selbstrettung mit Hitlers Hilfe**

1932 – das Land befand sich in einer schweren politischen Krise – halfen ihm die demokratischen Parteien gegen den Kandidaten der Rechten, Adolf Hitler, zur Wiederwahl. Kurz darauf entließ Hindenburg den Reichskanzler Heinrich Brüning, um statt seiner eine Rechtsregierung ins Amt zu bringen. Die Gründe dafür hingen mit der von Hindenburg ins Leben gerufenen und von ihm geförderten "Osthilfe" zusammen, dem größten Subventionsprogramm der Weimarer Republik. Dieses kam hauptsächlich den ostelbischen Großgrundbesitzern zugute und sollte ihnen helfen, ihre wirtschaftlich marode Lage zu überwinden, während das Volk unter der Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit litt.

Im Januar 1933 begannen sich Presse und Öffentlichkeit zunehmend mit der "Osthilfe" zu beschäftigen. Ein Ausschuss des Reichstags ging Hinweisen auf betrügerische Machenschaften nach. Die Aufdeckung musste Hindenburg, den "Vater" der "Osthilfe", früher oder später in Verruf bringen. Drohte er sein Amt zu verlieren?

In seinem jüngst erschienenen Buch "Der Skandal" hat der Historiker Dieter Hoffmann diese und weitere Fragen beantwortet und nachgewiesen, dass viele Großgrundbesitzer die Subventionen für private Zwecke missbraucht hatten. Zudem wertete er unbekannte Quellen aus und griff auf die auf genauen Beobachtungen beruhenden Schlussfolgerungen von Zeitgenossen sowie von Journalisten, Schriftstellern und Historikern zurück.



Reichspräsident von Hindenburg (rechts) und Reichskanzler Adolf Hitler am Tag von Potsdam, 21. März 1933. Foto: Theo Eisenhart, Bundesarchiv, Bild 183-S38324, [CC BY-SA 3.0 de](#), [Link](#)

Zeitungsberichte warfen Hindenburg ein Eingreifen in Verfahren zur Entschuldung und zur Subventionsvergabe vor, indem Bekannte und Verwandte von ihm bevorzugt behandelt worden waren. Er musste mit weiteren Enthüllungen rechnen. Aus Sicht der ostelbischen Großgrundbesitzer war alles zu tun, um Schaden abzuwenden, weswegen sie Druck auf den Reichspräsidenten ausübten. Ohne Bruch der Verfassung gab es aber keine Möglichkeit, der Presse oder dem Untersuchungsausschuss beizukommen. Den Ausweg sah Hindenburg in einem Bündnis mit der NS-Massenbewegung. Hitlers Gegenleistung bestand darin, den Skandal niederzuschlagen.

Indem Hindenburg Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, rettete er sich selbst und gab die letzten Restbestände der Republik der Diktatur preis, leitete den Beginn der Nazierrschaft ein. Er wusste genau, was er tat, als er Hitler zum Reichskanzler ernannte, hatte er ihn doch noch wenige Monate zuvor als Emporkömmling abgelehnt und ihm die Erteilung präsidialer Vollmachten verweigert, weil dies sich "zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen (...) entwickeln würde."

### **Leerstellen bei Hindenburg-Biograf Pyta**

Die etablierte deutsche Geschichtsschreibung hat kein Interesse, diese Sachverhalte aufzudecken. Sie weigert sich, Hindenburgs Rolle im "Osthilfe"-Skandal zu erörtern, lässt seine barbarische Kriegsführung im Weltkrieg unerwähnt. So attestiert der an der Universität Stuttgart lehrende Hindenburg-Biograf Wolfram Pyta ihm ein "starkes herrschaftliches Selbstverständnis", das nicht damit vereinbar gewesen sei, "ausgerechnet die Entscheidung über die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und damit eine politische Weichenstellung von größter Tragweite aus der Hand zu geben". Hitler sei Hindenburg, so Pyta, nicht von dritter Seite eingeredet worden. Derlei Behauptungen entbehren "jeder quellenmäßig verbürgten Grundlage"; vor allem sei die These, die ostelbischen Grundbesitzer hätten durch ihr Drängen den Ausschlag für Hitlers Ernennung zum Reichskanzler gegeben, nichts weiter als "pure Spekulation".

So kann man es auch machen. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, und weil es keine dokumentarischen Belege gibt, werden naheliegende Einsichten in das Reich der Phantasie verbannt. Dabei muss Pyta selbst konstatieren, dass die "Anliegen der ostdeutschen Agrarier stets ein offenes Ohr" bei Hindenburg fanden. Er gelangt jedoch zu dem Schluss: Hindenburg habe sich "aus eigener Machtvollkommenheit und aus eigenem Entschluss am 29. Januar 1933 für die von Papen ausgehandelte Lösung" entschieden und "als Konsequenz daraus am Mittag des 30. Januar die Vereidigung einer neuen Regierung mit Hitler an der Spitze" vorgenommen.



Hindenburg-Biograf Wolfram Pyta. Foto: Joachim E. Röttgers

Kein Wort verliert Pyta über Hindenburgs Rolle im "Osthilfe"-Skandal. Nichts erfährt man von den Kriegsverbrechen, für die er verantwortlich zeichnete etc. Zudem verflüchtigt sich Pyta in Abstraktionen, wenn er Hindenburgs Verhalten in der "Staatskrise von 1932/33" aus dem "Spannungsverhältnis zwischen charismatischer und legalistischer Herrschaft" erklärt – wozu allerdings in Widerspruch steht, dass selbst Pyta Hindenburg als einen Militär und Politiker ansieht, der grundsätzlich antiparlamentarische und antipluralistische Positionen vertrat.

### **Ehrt Hindenburgs Kritiker!**

Wer Straßennamen nach Hindenburg beibehalten will, entehrt zugleich dessen Kritiker. An sie, an ihre Einschätzungen, Haltungen und Prognosen zu erinnern, ist im Sinne republikanischer Traditionspflege angemessener. Etwa an den Kulturphilosophen Theodor Lessing. In den 1920er Jahren erlebte er als Aushilfs-Lehrer an einem Gymnasium in Hannover, wie an einem Jahrestag der Schlacht von Tannenberg die Schüler, "Deutschland über Alles" singend, an Hindenburgs von der Stadt geschenktem Hause vorüberzogen. "Es ist gewiss ergreifend und rührend", schreibt Lessing, "dass während des Weltkrieges eine der übelsten und bösesten Naturen der Weltgeschichte (gemeint ist Ludendorff, H.D.) diese einfältigste und treu-gläubigste seinem Ehrgeiz und seinem Machtwillen dienstbar machte, gedeckt von der Flagge der nationalen Ideale. Aber da zeigt sich auch die Gefahr! Nach Plato sollen die Philosophen Führer der Völker sein. Ein Philosoph würde mit Hindenburg nun eben nicht den Thronstuhl besteigen. Nur ein repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, ein Zero. Man kann sagen: besser ein Zero als ein Nero. Leider zeigt die Geschichte, dass hinter einem Zero immer ein künftiger Nero verborgen steht."

Lessing ist seine Voraussage, von ihm im Prager Tagblatt am 25. April 1925 in einer Glosse vor der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten publiziert, mehr als schlecht bekommen. Zunächst war er einer reichsweiten Schmähkampagne ausgesetzt, die schließlich dazu führte,

dass er im Sommer 1926 seine Lehrtätigkeit als Dozent an der Technischen Hochschule Hannover einstellte und unbefristet beurlaubt wurde. Damit gehörte Lessing zu den Geistesgrößen in Deutschland, die lange vor 1933 von der universitären Lehre ausgeschlossen wurden. Er blieb davon unbeeindruckt, warnte als Publizist weiter vor dem Bündnis von "Hakenkreuz und Stahlhelm". Die Nazis vergaßen ihn nicht: Im August 1933 reisten drei fanatisierte Deutsche nach Marienbad in der Tschechoslowakei, einer von ihnen erschoss den dorthin emigrierten Lessing am 31. August 1933 durch ein Fenster seines Arbeitszimmers.

An Theodor Lessings schreckliches Ende erinnerte man sich in Hannover und anderenorts in den Jahrzehnten danach nicht gern. Man tat so, als sei er nie existent gewesen. Es steht zu befürchten, dass die Hindenburgstraßen, obwohl es naheläge, nicht nach Theodor Lessing umbenannt werden. Zu sehr lasten auf der bundesrepublikanischen "Erinnerungskultur" Haltungen, die sich aus Deutungsmustern speisen, die wenig zur Aufklärung über die wirklichen Ursachen von 1933 beitragen. Ihr Blickfeld ist durch die Fokussierung auf die Jahre von 1933 bis 1945 eingeengt und trägt objektiv dazu bei, Gegner der Entwicklung weiterhin dem Vergessen preiszugeben.

Stellvertretend für viele weitere vergessene Kritiker Hindenburgs sei der Pazifist Hans Paasche genannt, der im Mai 1920 ein Opfer rechter Lynchjustiz wurde. Paasche betrachtete Hindenburg als Protagonisten des "Gehirnzustandes General". Er wie Ludendorff repräsentierten einen "Geisteszustand von Sklaven" und symbolisierten die "Unfreiheit eines Volkes". In seiner Flugschrift "Das verlorene Afrika" (1919) mahnt Paasche weitsichtig: "Ehe das Volk nicht durchsetzt, dass alle Hindenburgstraßen in Eisnerstraßen umgetauft werden, und zeigt, dass es zwischen Gewalt und Geist unterscheiden kann, ist keine Hoffnung, dass Deutsche in die Welt hinausgehen dürfen. Dem freien Deutschland steht die Welt offen; den Knechten mag ihr Land zu einem Zuchthaus werden". Offenbar gibt es in unserem Lande noch viele, die sich vom "Gehirnzustand General" nicht lösen wollen oder können.

*Helmut Donat, Jahrgang 1947, ist Historiker, Publizist und Verleger. Er lebt in Bremen und ist seit 1987 Inhaber des Donat Verlags. Bereits zweimal hat er den Versuch unternommen, in Bremen eine Straße nach Hans Paasche benennen zu lassen, zuletzt im Januar 2020. Bislang ohne Erfolg.*

*Zum Weiterlesen, erschienen im Donat Verlag:*

*"Gesichter des Bösen – Verbrechen und Verbrecher des 20. Jahrhunderts" von Till Zimmermann und Nikolaus Dörr, mit einem Geleitwort von Heribert Prantl, 19,80 Euro.*

*"Der Skandal – Hindenburgs Entscheidung für Hitler" von Dieter Hoffmann, 18 Euro.*

*"Wir machen nicht mit!" von Theodor Lessing, Schriften gegen den Nationalismus und zur Judenfrage, 15,40 Euro.*